

Leitartikel



von
Reinhard
Göweil

Standortfaktor Politik

Wie werthaltig die „Studie“ des Finanzministeriums ist, wonach 70.000 Jobs seit 2008 verloren gingen, zeigt die – politisch der Finanzministerin – nahestehende Wirtschaftskammer. Die zirka 300 „headquarters“ in Wien beschäftigen demnach insgesamt 29.000 Mitarbeiter. Die Zahl wurde publiziert, als sich die Kammer 2011 Sorgen um den Flughafen Wien und seine Funktion als Osteuropa-Dreh-scheibe machte. Ein freundliches steuerliches Umfeld gehört sicher zu den Sonnenseiten einer Standortentscheidung, doch es gibt auch noch wichtigere. Rasche Erreichbarkeit (Logistik genannt) ist ein solches Kriterium. Und auch die Verfügbarkeit qualifizierter Mitarbeiter, auch in den Anwalts- und Wirtschaftstreuhänder-Kanzleien. Ja selbst die soziale und kulturelle Attraktivität einer Stadt ist wichtig dafür.

Und vermutlich auch die Qualität der Politik, auch wenn internationale Konzerne wohl um die Irrationalität von Wahlauseinandersetzungen bestens Bescheid wissen. Daher wird die kuriose Attacke der Volkspartei, die ein düsteres Bild vom Wirtschaftsstandort zeichnet, folgenlos bleiben. Top-Manager werden wissen, dass es sich hierbei um eine noch dazu recht durchsichtige Attacke auf die SPÖ und deren tatsächliche oder vermeintliche Steuerpläne handelt.

Eine Frage wird aber bleiben: Wenn Parteien einem Wahlergebnis zuliebe sogar den eigenen Wirtschaftsstandort schlechtmachen, wo bleibt dann die gemeinsame Basis? Und vor allem: Die ÖVP verkauft die von ihr behaupteten (aber falschen) Job-Verluste als hochoffizielle Studie des Finanzministeriums. Wenn die Parteizentrale das macht, na gut. Aber in entwickelten Demokratien kommen aus Finanzministerien die seriösen Zahlen. Politische Parteien, die sich Ministerien wie Vorfeldorganisation halten, verschrecken Investoren wenigstens so wie Mini-Verschlechterungen bei der Gruppenbesteuerung. Es ist sehr zu hoffen, dass dies nicht der Auftakt, sondern der Höhepunkt im „Dirty Campaigning“ des Wahlkampfes war. Ein Blick auf die Schmutzkübel-Weltmeister des Westens sollte alle sicher machen: In den USA trieb es die „Tea Party“ der Republikaner diesbezüglich wirklich wild – die anschließende Wahl gewann Obama überzeugend.

leitartikel@wienerzeitung.at

Der Bürger im Sog



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Wolfgang Ammer

Zitate zum Tag

„Ich habe es bereits gesagt, der Staat kann der Stadt Detroit nicht aus der Patsche helfen.“

Rick Snyder, Gouverneur von Michigan

„Ich muss auf die Hoffnungen der Menschen nach einer wirtschaftlichen Erholung eingehen, die sie auch wirklich spüren können.“

Japans Premier Shinzo Abe nach dem Sieg seiner Partei bei der Oberhauswahl

„Wir freuen uns, Zeugen bedeutender Ereignisse zu sein, die nach einer Lösung für langjährige Probleme suchen, die sich in der türkischen Gesellschaft angesammelt haben.“

Der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., bekundet Sympathie für die

Demokratiebewegung in der Türkei

„Wir haben keine Kristallkugel, die uns sagt, was unsere Kunden in fünf Jahren wollen.“

Euan Smith, Manager des Bezahlsenders Sky

„Den Bademeister mit Pfeifferl und Goldkettlerl spielt es nimmermehr.“

Rudolf Placek, Betriebsleiter der Therme Wien

„Die psychische Belastung ist sehr hoch.“

Derselbe über den Beruf des Badewarts

„Ich würde es nicht in Paris, nicht in Wien machen, aber in Bayreuth zum Jubeljahr, da haben die eine Torte von

Castorf verdient.“

Frank Castorf, Regisseur des heurigen Bayreuther „Rings“

„Ich glaube noch an die große Liebe.“

Die französische Sängerin Patricia Kaas

„Es ist eine Welt, in der Frau sich gegen viele Männer durchsetzen muss.“

Dieselbe über ihren Beruf

„Wir wissen, dass wir besser werden müssen.“

Microsoft-Finanzchefin Amy Hood

„Nein, ich würde alles wieder so machen, auch die Fehler, die gehören dazu, das ist Teil des Lebensprozesses.“
US-Schauspieler Robert Redford auf die Frage, ob er etwas bereue

Gastkommentar von Heidi Dumreicher

Proteste in Brasilien – eine Fortsetzung des Kampfs gegen Armut

Die Mittelklasse, die die Proteste in Brasilien trägt, konnte entstehen, weil seit den 90er Jahren Programme im Kampf gegen die Armut entwickelt wurden.

Alle Analysen zeigen die Träger des Aufbruchs in Brasilien: Es sind Angehörige der jungen, aufsteigenden Mittelklasse. Ein Rückblick: In den 80er Jahren konnte die Autorin anlässlich einer monatelangen Fact-Finding-Tour durch etliche Provinzen Brasiliens die Bilder von Armut verfolgen: „sem teras“, die Bewegung der Landlosen, die auf Suche nach Lebensunterhalt quer durch das Land zogen; Garimpeiros, Goldsucher, in unheilvollen und gefährlichen Gold-Abbau-Pyramiden mit täglich tödlichen Unfällen; Vertreter der Befreiungstheologie, die die Bauern zu stützen suchten, wenn Privatarmeen sie vertreiben wollten; Straßenkinder-Projekte, um Kindergartenkinder beim Verkauf von Kleinwaren zu unterstützen; Seringheirus (Gummisammler), die tagtäglich ihre Runden drehten, um die

Gummibäume anzuzapfen; der österreichische Bischof Kräutler, der im Norden des Landes den Raubbau im Urwald bekämpfte und eine Art Volksheld wurde; Theatermacher Augusto Boal, der mit den Arbeitern die Selbst-Ertüchtigung probte („das Theater als Laboratorium für die Wirklichkeit“). Daneben gab es damals schon Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit, von kleinen Hilfsgruppen bis zu Projekten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, die eine mögliche Zukunft zeigten, wie Menschen aus der Armut fälle herauskommen können. Aus diesen vielen Klein- und Mittelprojekten ist ein Prozess der Veränderung zusammengewachsen, der sich jetzt in den Bewegungen der Mittelklasse zeigt – eine Mittelklasse, die entstehen konnte, weil Brasilien



Heidi Dumreicher ist Gründerin und Direktorin des österreichischen Forschungs-Vereins „Oikodrom“ mit Schwerpunkt nachhaltige Stadt und Leiterin zahlreicher internationaler Forschungsprojekte.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter:
www.wienerzeitung.at/
gastkommentare

seit Anfang der 90er Jahre konsequent und innovativ Programme im Kampf gegen die Armut entwickelt und anwendet. Mehr als 30 Millionen Brasilianer haben so in den vergangenen zehn Jahren einen Ausweg aus extremer Armut gefunden. In die Gegenwart – Beispiel Rio de Janeiro: Das EU-Forschungsprojekt NOPOOR hat unter Beteiligung des österreichischen Vereins „Oikodrom“ im Juni zu einem Expertengespräch eingeladen, wo brasilianische Politiker und NGOs mit Armuts- und Entwicklungsforschern aus vier Kontinenten diskutierten – über Erfolge und Misserfolge im Kampf gegen die Armut in Brasilien, über Beispiele, wie es gehen könnte, und um Wege in eine nachhaltige Zukunft zu organisieren, strukturell wie auch auf lokaler Ebene. Die Stadtverwaltung entwickelt

derzeit zahlreiche Projekte für die von Armut betroffenen Menschen in der Stadt: „Die Schulen von morgen“, „Mutterliebe“ oder die „Carioca Familienkarte“. Die Erfolge sind messbar: Die Schüler sind häufiger in den Klassenräumen präsent, Eltern nehmen öfter an Elterntreffen teil, Arm und Reich haben ähnliche Schulerfolge, verwaiste Kinder bekommen besondere Unterstützung. Die lokalen Projekte in Rio de Janeiro fügen sich in landesweite Projekte ein, wie das Sozialprogramm „Bolsa Familia“, das Geld an Menschen in Armut verteilt und die Teilnahme an Bedingungen knüpft, etwa an den Schulbesuch der Kinder oder die regelmäßige Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen. Dazu Xavier Oudin, wissenschaftlicher Koordinator von NOPOOR: „Wo Armut fortbesteht, ist Raum für politische Veränderungen.“